



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

und ein Amtsrichter R. in einen persönlichen Conflict. Ersterer gehört der nationalen Partei an, Letzterer ist starrer Augustenburger; obwohl der Letztere seinen Gegner schon vordem einmal die unter Männern in Ehrensachen übliche Genugthuung verweigert hat, benutzte er taktvoll die Gelegenheit jener Geldsammlung, um dem Nationalen um früherer in der Landesache gesammelter Gelder willen den Verdacht der Unehrlichkeit und Untreue zu insinuiren. Dieser verlangt sofortigen Widerruf der Beleidigung und greift schließlich, als der Amtsrichter sich dazu nicht bereit findet, zu dem letzten Schuhmittel gegen derartige Bubenstreich, dem Stock. Der gemißhandelte Amtsrichter denuncirt bei der kiel. Staatsanwaltschaft, wird aber nach dem wohl bei allen Staatsanwälten für solche Fälle der einfachen Realinjurie herkömmlichen Formular auf den Weg der ihm zustehenden Privatklage verwiesen. Leider machen es nunmehr auch mehrere Advocaten wie der kiel. Staatsanwalt und wollen mit der Anklage gegen Gr. R. Nichts zu thun haben; der Amtsrichter scheut sich aber, selbst seine Ehrensache vor der Strafkammer zu plaidiren — und so hat er die Stockschläge noch heute ungesühnt sitzen. Der Amtmann ist unangefochten Landrath in einer guten alten Stadt Schleswigs, der Amtsrichter dagegen von seiner vorgesetzten Dienstbehörde wegen unwürdigen außeramtlichen Verhaltens disciplinarisch belangt worden. Und obwohl die Staatsanwaltschaft weder über Landräthe, noch über Amtsrichter irgend eine Disciplinar- oder sonstige Gewalt auszuüben hat, macht Herr Hänel zu Gunsten seines Parteigenossen in seiner Diatribe gegen die Staatsanwälte von jenem Histrion doch die brauchbare Nußanwendung, daß Jedermann daraus erfieht, wie in Schleswig-Holstein vermöge der Herrschaft der Staatsanwaltschaft richterliche Beamte von höheren Verwaltungsbeamten ungestraft gemißhandelt, jene obenein disciplinirt, diese befördert werden!

Aus Schwaben.

5. December.

Die Thronrede, mit welcher gestern König Karl die neue Ständeversammlung eröffnet hat, beilebt sich der sachlichen Kürze, welche die Feder des Hrn. v. Gessler vorthellhaft auszeichnet. Geschäftlich und bescheiden vermeidet sie diesmal Anspielungen, wie die auf das „vierhundertjährige Verfassungsleben“, in welchen sich noch die letzte Thronrede vom 20. Febr. d. J. gefallen hatte. Auch die wehmüthige Sympathie für „das schöne Reich, das bis dahin seine Geschicke mit uns getheilt und nun von uns geschieden“ hat keine Wie-

derholung gefunden. Herzlich und entgegenkommend ist der Ton dem eigenen Volk gegenüber, keine Spur einer Verstimmung über den Ausfall der Wahlen, die der Regierungspartei eine so empfindliche Niederlage bereiteten.

Eine Anzahl Vorlagen ist angekündigt, die meisten von wenig allgemeinem Interesse. Herr v. Goltzer, der sonst die Reformen in seinem Departement schockweise aus dem Ärmel schüttelt, begnügt sich ein Gesetz zu versprechen, das die Rechtsverhältnisse religiöser Vereine im Sinne der Religionsfreiheit ordnet. Der Einfluß der norddeutschen Bundesgesetzgebung ist zu spüren, wenn die Beseitigung der politischen Hindernisse in Schließung der Ehen, wenn eine Vorlage über gleiches Maß und Gewicht mit ganz Deutschland, wenn die Aufhebung der Personalexecution in Wechselfachen angekündigt wird. Diese Vorlagen zeigen aufs Neue, wie die Südstaaten die Erhaltung ihrer internationalen Selbstständigkeit um den Preis bezahlen, die norddeutsche Gesetzgebung einfach für sich zu adoptiren.

„Die freie Bewegung im Staatsleben soll gefördert werden.“ Doch ist von dem Entwurf einer Reform der Verwaltungsbehörden, der, zu Ende der vorigen Periode eingebracht, nicht mehr erledigt werden konnte, keine Rede. Er hat wenig Beifall gefunden und scheint zurückgezogen. Ebenso wenig ist der Entwurf einer Verfassungsreform wieder eingebracht. „Aber auch diese höchst wichtige Frage wird bei versöhnlichem Sinn und aufrichtiger Hingebung an das wahre Wohl des Landes ihre zeitgemäße Lösung finden.“ Das heißt wohl: man will erst die politische Temperatur des jetzigen zum großen Theil aus Neulingen bestehenden Hauses abwarten und eine betreffende Vorlage vom Wohlverhalten desselben abhängig machen. In seiner bisherigen Gestalt hat freilich auch dieser Entwurf in der neugewählten Kammer so wenig Aussicht auf Annahme, wie in der vorigen. Indessen wird nicht zu umgehen sein, daß auch in dieser Richtung bald Etwas geschehe. Unser Verfassungsorganismus hat trotz, oder vielmehr wegen seines vierhundertjährigen Alters zu viel für die Gegenwart Abnormes und man wird dagegen auf die Länge die Augen nicht verschließen können, wenn man gleichzeitig so empfindlich ist gegen constitutionelle Schwächen fremder Staaten. Die feudalen Reminiscenzen in der Zusammensetzung beider Kammern, die sechsjährigen Landtags- und dreijährigen Budgetperioden lassen sich beim Blick auf die Fortschritte der constitutionellen Entwicklung in andern Ländern schwer vertheidigen. Daß die Kammer ihren Präsidenten nicht selbst wählt, daß ihr das Recht der gesetzgeberischen Initiative versagt, daß das Recht der Redefreiheit nicht verfassungsmäßig garantirt ist, dies Alles sind Punkte, die man allerdings bisher im eigenen Hause recht gelassen ertrug, die aber doch nicht ganz stimmen wollen mit dem gerühmten Hort der Freiheit des Beobachters und mit dem Eldorado Moritz Mohl's.

Der kurze Abschnitt über die politische Stellung des Landes, mit welchem die Thronrede schließt, enthält nichts Neues und Unerwartetes. Er bestätigt daß die Politik der Regierung unverrückt dieselbe ist, abwartend, zwischen den Forderungen der Parteien die goldene Mitte haltend. Der deutschen Partei soll es ohne Zweifel gelten, wenn vor Allem die Selbständigkeit Württembergs betont wird; der Volkspartei gilt die Stelle von der Pflege der nationalen Interessen und den Pflichten gegen das weitere Vaterland. Mit anderen Worten: die Regierung will sich weder zum Anschlusse an den norddeutschen Bund, noch zu undeutschen Experimenten drängen lassen; an dem durch die Verträge geschaffnen Zustand soll Nichts geändert werden, obwohl die Verträge selbst bezeichnenderweise nicht erwähnt waren. Es liegt auf der Hand, daß diese Rede, die unter diesen Umständen gehalten einfach auf das Nächstliegende sich beschränkt, keine Herausforderung zu einer Adresse und Adressdebatte enthält. Ihr knapper Ton scheint einer solchen eher vorzubeugen und die Abgeordneten an ihre Geschäfte zu verweisen. Auch läge es für die Vertretung eines Staats, der sich zu besonders musterhafter Ausbildung des Constitutionalismus berufen weiß, in der That nahe, mit Vermeidung von Allostrien an die dringlichen Arbeiten zu gehen. Und der Nutzen einer politischen Debatte ist um so weniger einzusehen, als seit den letzten höchst gründlichen politischen Kämpfen, die in demselben Saale geführt wurden, lediglich keine Wendung, kein nennenswerthes Ereigniß eingetreten ist, das der Begutachtung durch den schwäbischen Areopag bedürfte. Wozu also das grausame Spiel abermals aufführen?

Allein damit wäre freilich der Demokratie, die durch die Pforte des allgemeinen Stimmrechts in so imponirender Anzahl in die Kammer eingetreten ist, schlecht gedient. Wenn auch nicht in der Lage der Dinge, so ist doch im Halbmondsaal selbst eine erhebliche Veränderung vor sich gegangen. Eine Reihe von Leuten, die bisher nur in Volksversammlungen oder auf Schützenfesten Proben ihrer staatsmännischen Fähigkeiten abgelegt hatten, erfreuen sich nun eines gesetzlichen Mandats und sind nicht gewillt ihr Licht unter die Tribüne zu stellen. Die Volkspartei der strengen Observanz, von der europäischen Nuance, ist in der Kammer in solcher Zahl vertreten, daß sie sich als eigene Partei, gesondert von der alten Linken, constituiren konnte, mit der sie indessen vorläufig noch mit einer Art von Herablassung als „Vereinigte Linke“ gemeinsame Parteiversammlungen hält. Von dem Augenblick nun, da diese neuen Kräfte mit ihren lange aufgesammelten Gefühlen auf den Brettern erscheinen, hebt offenbar ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte an. Mitleidwürdig erlischt der Stern von Sadowa und in blutrother Gluth geht über dem erstaunten Europa die Freiheitssonne von Be-

figheim auf. Glücklich Diejenigen, welche sich einst rühmen können diesen weltgeschichtlichen Moment erlebt zu haben!

„Das Werk von 1866 muß aus der Welt geschafft werden.“ Das war das ceterum censeo der Wahlreden aus dem Lager der Volkspartei. So geschwind wird sich dies nun freilich nicht machen, daß sich darauf mit Fug das Goethe'sche Wort anwenden ließe: „Es war gethan, fast eh gedacht.“ Man wird ja wohl zufrieden sein, wenn es gelingt, in mehreren Etappen das Werk Bismarck's wieder aus den Augen der dadurch unangenehm berührten Volkspartei zu schaffen, und als erste Etappe wird nun ohne Zweifel die Rednerbühne in der Kronprinzstraße zu Stuttgart zu betrachten sein oder mindestens sich selbst betrachten. Schade, daß sich auf derselben nicht viel Neues wird sagen lassen. Schade, daß zu einer so heroischen Arbeit nur längst verbrauchte Waffen zur Verfügung stehen. An dem besten Willen zwar wird es nicht fehlen. Man wird vor Allem revidiren, was die letzte Kammer zur Verpreußung des Landes gethan. Schlechterdings erfordert die Neugestaltung Deutschlands eine abermalige vernichtende Kritik durch die württembergische Volkspartei. Die taube Welt kann nicht oft genug die gewaltigen Proteste gegen die Blut- und Eisenpolitik, gegen den Militarismus und Cäsarismus anhören. Nicht oft genug kann die napoleonische Idee des Südbundes als die einzige Rettung der deutschen Libertät gepriesen, oder dem barbarischen Mischlingsvolf in der norddeutschen Ebene die Ueberlegenheit der echtdeutschen Rasse bewiesen werden. Kurz, man wird sich in Geduld auf die unerschrockene Wiederholung von Reden gefaßt halten müssen, die längst alle gehalten, stenographirt, gedruckt und gebunden sind, eine neue Ausgabe, die nur durch ein noch lebhafteres Colorit von den bisherigen sich unterscheiden wird. Irgend einen Erfolg mögen sich die Urheber selbst im Ernst nicht versprechen und im übrigen Deutschland wird die Wirkung kaum mehr als ein erneutes Schütteln des Kopfes sein. Nur der eine Gewinn ist allerdings nicht zu unterschätzen: der hingeworfene Handschuh wird von schlagfertigen Kämpfern aufgenommen werden, neben der undeutschen kommt auch die deutsche Gesinnung nachdrücklich zum Wort, ein kräftiges nationales Zeugniß wird in Schwaben sich Gehör erzwingen und in unserem Volk selbst wird durch diese wiederholten Turniere eine angenehme Erregung der Gemüther wachgehalten, die nun einmal nicht zur Ruhe kommen sollen, bis die eine Frage gelöst ist, die deutsche.

7.